



## Hat Europa die Mittel, sich ausreichend abzusichern? Die Schicksalsgemeinschaft der Staaten der Eurozone.



Autor : Philippe  
Huberdeau

Am 30. Januar wurde auf dem Europäischen Rat erörtert, ob die bisher zur Verfügung gestellten europäischen Mittel ausreichen, damit Griechenland, Portugal und eventuell Italien die notwendige Unterstützung zur Lösung ihrer Finanzkrise erhalten. Der Verlust des AAA-Rankings und die Zurückhaltung der internationalen Anleger bei der Frage der Co-Finanzierung zeigen, wie angreifbar der EFSF und sein Nachfolger ESM sind. Ausgehend von dem Ziel der größtmöglichen wirtschaftlichen und finanziellen Unabhängigkeit der Eurozone sollte eine robuste gegenseitige Garantie im gemeinschaftlichen Interesse liegen. Auch wenn Eurobonds erst eine Option für die fernere Zukunft darstellen, so scheinen angesichts der Dringlichkeit in der aktuellen Situation zwei andere Lösungen denkbar: die

Verbindung des EFSF/ESM mit einer gemeinsamen und solidarischen Garantie der Mitgliedsstaaten oder eine Neugestaltung des Mandats der EZB, so dass diese leichter auf den Finanzmärkten intervenieren kann.

[Fortsetzung](#)

**Neuigkeiten** : Demographie **Wahlen** : Finnland - Russland **Finanzkrise** : Europäischer Rat - Vertrag/ESM - Belgien - Spanien - Frankreich - Italien - Rumänien **Kommission** : Erasmus - Galileo - Kampf gegen Betrug - Börse **Parlament** : Iran - Frauen - Wettbewerb - Sport **Diplomatie** : Sicherheit **Deutschland** : China - Fiskalpakt **Spanien** : Prioritäten - Banken **Frankreich** : Lyon-Turin - Deutschland/Frankreich **Tschechische Republik** : Fiskalpakt **Rumänien** : Rücktritt - Korruption **Großbritannien** : Offener Brief - Rücktritt - Kronjubiläum **Slowenien** : Regierung **Bosnien-Herzegowina** : Legislative **Russland** : Widerstand **NATO** : Perspektiven **UNO** : Deutschland/Italien - Syrien **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Inflation **Berichte/Studien** : EU/Welt **Veröffentlichungen** : Menschenrechte - Russland - Geschichte/Europa - Deutschland-Frankreich - Bürgerinitiative **Kultur** : Ausstellung/Italien - Ausstellung/Basel - Berlin/Dresden - Kino/Berlin

## Neuigkeiten :

### Kolloquium zur Demographie in Europa



Der Diskussionskreis "Citoyennes pour l'Europe" veranstaltet am 9. Februar in Zusammenarbeit mit der Robert Schuman Stiftung, der Europabewegung Frankreichs, dem Rat für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltfragen der Ile-de-France und der Stiftung Hippocrène im Rahmen des europäischen Jahres zum aktiven Altern und zur Solidarität ein Kolloquium zum Thema "Demographie in Europa, welche Möglichkeiten gibt es?". Das Kolloquium findet in den Räumlichkeiten des Conseil régional Ile-de-France statt. Die Präsentationen und Diskussionen werden sich mit dem Altern der europäischen Gesellschaft und den politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen beschäftigen, wie auch mit den Themen aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen... [Fortsetzung](#)

## Wahlen :

### Sauli Niinistö, neuer Präsident Finnlands



Am 5. Februar 2012 wurde der konservative Sauli Niinistö (KOK) im 2. Wahlgang zum neuen Präsidenten Finnlands gewählt. Er erhielt 62,6% der Stimmen, sein grüner Konkurrent Pekka Haavisto (Grüne, VIHR) erhielt 37,4% der Stimmen. Niinistö wird sein Amt am 1. März antreten und wird somit Nachfolger des jetzigen Präsidenten Tarja Halonen. Niinistö beendet eine 30jährige Regentschaft der Sozialdemokraten; er wird erster konservativer Präsident seit der Amtszeit von Juho Kusti Paasikivi (1946-1956)... [Fortsetzung](#)

### Russische Präsidentschaftswahlen am 4. März ohne Überraschungen



Bei den für den 4. März vorgesehenen russischen Präsidentschaftswahlen stellen sich 5 Kandidaten zur Wahl: Wladimir Putin, Vereintes Russland (ER); Gennadi Sjuganow, Kommunistische Partei (KPRF); Wladimir Schirinowski, liberal-demokratische Partei (LDPR); Sergei Mironow, ehemaliger Führer der Partei Gerechtes Russland (SR); Michail Prochorow, Partei "Rechte Sache" (PD). Nach den letzten Umfragen durch das Meinungsforschungsinstitut POM, das die Tageszeitung Kommersant am 26. Januar veröffentlichte, liegt Premierminister Putin mit 44% der Stimmen vorne, gefolgt von Sjuganow mit 11%, Schirinowski mit 9% und Mironow und Prochorow mit jeweils 4% an letzter Stelle. Putin scheint damit schon jetzt als sicherer Wahlsieger festzustehen. Es bleibt die Frage: Wird der scheidende Premierminister bereits im 1. Wahlgang zum Präsidenten gewählt? Und, vor allem: Wie geht es nach der Wahl weiter?.. [Fortsetzung](#)

## Finanzkrise :

### 25 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union stimmen für den Fiskalpakt



Am 30. Januar stimmten 25 der 27 Mitgliedsländer der Union für den neuen Vertrag für Stabilität, Koordination und Regierung in der Wirtschafts- und Währungsunion (TSCG). Nur Großbritannien und Tschechien stimmten nicht für den Vertrag. Der Text sieht eine Begrenzung des Staatsdefizits vor, das die Staaten nur im Falle von "außergewöhnlichen Umständen" überschreiten dürfen und quasi-automatische Sanktionen im Falle der Nichtbeachtung der Vorschrift. Bezüglich der Teilnahme an Treffen der Eurozone wurde ein Kompromiss gefunden, der eine Teilnahme grundsätzlich nur für Euro-Länder vorsieht, bis auf die Termine, zu denen bestimmte Themen besprochen werden. Die Treffen werden mindestens zweimal jährlich stattfinden. Weitere Beschlüsse werden im März 2012 auf einem weiteren Treffen getroffen werden. Der Vertrag wird in Kraft treten, wenn ihn mindestens 12 Länder ratifiziert haben werden... [Fortsetzung](#)

### Vertrag zur Einrichtung des neuen europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)



Am 2. Februar wurde der Vertrag zum Start des neuen europäischen Stabilitätsmechanismus unterzeichnet (ESM). Der neue Mechanismus ESM wird den Stabilisierungsfonds EFSF ersetzen. Laut Vertrag ist Zweck des ESM, "Finanzmittel zu mobilisieren und ESM-Mitgliedern, die

schwerwiegende Finanzierungsprobleme haben oder denen solche Probleme drohen, unter strikten, dem gewählten Finanzhilfemittel angemessenen Auflagen eine Stabilitätshilfe bereitzustellen [...]." Der ESM wird mit dem IWF kooperieren. Alle Staaten der Eurozone werden zum ESM beitragen. Andere Staaten außerhalb der Währungsunion können "von Fall zu Fall" für Hilfsprogramme Beiträge leisten und an Versammlungen teilnehmen, die diese Programme betreffen. Die Kapazitäten des ESM betragen 500 Milliarden Euro, sie werden regelmäßig neu bewertet werden...  
[Fortsetzung](#)

### Rezession in Belgien



Nach aktuellen Schätzungen der Belgischen Zentralbank, die am 1. Februar veröffentlicht wurden, ist das belgische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 4. Quartal 2011 um 0,2% gesunken im Vergleich zum vorherigen Quartal. Da auch im 3. Quartal 2011 ein Rückgang in Höhe von 0,1% zu verzeichnen war, bedeutet die Veröffentlichung der neuesten Zahlen, dass Belgien sich nunmehr in einer Rezession befindet...  
[Fortsetzung](#)

### Neue Arbeitslosenhöchstquote in Spanien



Nach neuesten Zahlen, die der spanische Minister für Beschäftigung und Soziales am 2. Februar veröffentlichte, wurden in Spanien im Januar 2012 177 500 Personen zusätzlich arbeitslos. Gegenüber Dezember 2011 gab es einen Zuwachs an Arbeitslosen in Höhe von 4,01% und von 8,72% gegenüber Januar 2011. Die am stärksten betroffenen Regionen sind Andalusien und die Gemeinde Madrid. Insgesamt gibt es in Spanien zurzeit 4,6 Millionen Arbeitslose... [Fortsetzung](#)

### Frankreich: Wachstum in Höhe von 0,5% für 2012 vorhergesagt



Der französische Premierminister François Fillon teilte am 30. Januar mit, dass für 2012 mit einem Wachstum in Höhe von nur 0,5% zu rechnen sei anstelle der zunächst vorhergesagten 1% Wachstum. Diese Verschlechterung wird Frankreich voraussichtlich 5 Milliarden Euro kosten. Fillon sagte: "Das Wachstum wird in der Eurozone und insbesondere in Frankreich vor Ende des ersten Quartals wieder ansteigen", und dies insbesondere dank "der Entscheidungen, die seit Ende Dezember von den Staaten und der EZB getroffen worden sind"... [Fortsetzung](#)

### Anstieg der Arbeitslosigkeit in Italien



Nach vorläufigen Schätzungen des Statistikinstituts Istat, die am 31. Januar 2012 veröffentlicht wurden, ist die Arbeitslosigkeit in Italien im Laufe des Monats Dezember 2011 auf 8,9% in der aktiven Bevölkerung angestiegen, gegenüber 8,8% im November 2011. Es handelt sich um die höchste Arbeitslosigkeit seit Januar 2004 und damit seit Beginn der monatlichen Bekanntgabe der Arbeitslosenstatistik, die im Jahr 2004 begonnen hat. Auf das Quartal bezogen handelt es sich um die höchste Arbeitslosenquote seit dem 3. Quartal 2001. Nach saisonal bereinigten Zahlen, die Istat bekannt gab, betrug die Gesamtzahl an Arbeitssuchenden im Dezember 2011 2,243 Millionen, damit handelt es sich um einen Anstieg um 0,9% innerhalb eines Monats (+20 000 Personen) und um 10,9% (+221 000 Personen) innerhalb eines Jahres... [Fortsetzung](#)

### Bilanz der internationalen Finanzhilfe für Rumänien



Am 6. Februar stellten die Weltbank, die Europäische Kommission und der Internationale Währungsfonds die Bilanz ihres Hilfsprogramms für Rumänien vor. Die drei Institutionen überprüften ihre Wachstumsprognose, wobei für 2012 im Vergleich zu 2011 ein geringeres Wachstum vorhergesagt wird aufgrund der Schwierigkeiten der Eurozone. Bewertet wurde außerdem die Widerstandskraft des rumänischen Bankensystems. Die Institutionen erklärten, dass sich aufgrund der Haushaltskonsolidierung das Vertrauen in die Wirtschaft Rumäniens verbessert habe. Die rumänischen Autoritäten und ihre Kreditgeber konnten sich auf Reformen einigen, um das Ziel der Schuldenreduzierung zu erreichen. Als Reformvorhaben sind

unter anderem eine Reform des Elektrizitätsmarktes vorgesehen, wie auch Privatisierungen, Reformen im Bereich der Unternehmensführung und eine umfassende Reform des Gesundheitssystems... [Fortsetzung](#)

#### Kommission :

##### Das Erasmusprogramm feiert sein 25jähriges Bestehen



Am 30. Januar würdigte der europäische Kommissar für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, Androulla Vassiliou, das 25jährige Bestehen des Erasmusprogramms, das allen Studenten in Europa ermöglicht, in einem anderen europäischen Land zu studieren. Bis zum heutigen Tag nahmen über 3 Millionen Studenten an dem Austauschprogramm teil. Der Kommissar teilte mit, dass es sich bei dem Programm um "einen der großen Erfolge der Union" handele... [Fortsetzung](#)

##### Neue Galileo-Satelliten



Am 2. Februar wurden drei neue Verträge im Rahmen des Galileo-Projekts unterzeichnet. Mit einem Gesamtvolumen von 310 Millionen Euro wird der Abschuss von mindestens 8 neuen Satelliten ermöglicht, zusätzlich zu den 18 Satelliten, die bereits vorgesehen sind. Galileo wird somit voraussichtlich ab 2014 für die europäischen Bürger operationelle Dienstleistungen erbringen können... [Fortsetzung](#)

##### Neue Organisationsstruktur des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)



Am 1. Februar gab das europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) eine umfassende Neustrukturierung seiner Organisation und Arbeitsmethoden bekannt. Die Maßnahmen sollen zu einer besseren Konzentration auf prioritäre Einsatzgebiete führen und zu mehr Effizienz, was in Zeiten der Haushaltszwänge unumgänglich ist. Ohne zusätzliche finanzielle Mittel sollen die Ermittlerteams mit 30% mehr Personal ausgestattet werden und die Verwaltungsstruktur soll vereinfacht werden, was zu einer schnelleren Bearbeitung der einzelnen Fälle führen soll. OLAF gehört zur Europäischen Kommission und hat 3 Aufgaben: Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union, Ermittlungen im Falle von möglichen Verletzungen dieser Interessen, Unterstützung der Kommission in der Entwicklung einer Anti-Betrugspolitik... [Fortsetzung](#)

##### Fusion von NYSE und Deutsche Börse untersagt



Am 1. Februar teilte die Deutsche Börse mit, dass die Europäische Kommission sich gegen eine Fusion mit der amerikanischen Börse NYSE Euronext ausgesprochen habe und damit der Weg zur Schaffung der größten Börse der Welt blockiert ist. Die Europäische Kommission äußerte sich in einer Pressemitteilung dahingehend, dass die Fusion nicht mit den Grundsätzen des freien Wettbewerbs vereinbar sei, aufgrund der Marktmacht im Bereich des Derivatehandels... [Fortsetzung](#)

#### Parlament :

##### Sanktionen gegen Iran



Die europäischen Abgeordneten teilten Catherine Ashton, Vizepräsidentin der europäischen Kommission und Hohe Repräsentantin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, während eines Austauschs im Rahmen der Sitzungswoche mit, dass sie die Maßnahmen gegen Iran unterstützen würden, dass jedoch in jedem Fall sichergestellt werden müsse, dass die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung so gering wie möglich sind. Die Abgeordneten betonten darüber hinaus die Bedeutung der diplomatischen Bemühungen zur Lösung der Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprojekt... [Fortsetzung](#)

##### Bilanz zum Programm Daphne

Am 2. Februar verabschiedeten die europäischen Abgeordneten den



Bericht bezüglich der Bilanz zum Programm Daphne, das im Jahr 1997 gestartet wurde und dem Kampf gegen Gewalt gegen Kinder und Frauen gewidmet ist. Der Bericht zählt die Erfolge des Programms auf. Darüber hinaus werden Vorschläge aufgelistet, um die Maßnahmen noch effizienter zu gestalten. Die Vorschläge sind beispielsweise: Keine Überlappung mit anderen Programmen, höhere Transparenz der Programme und Verbreitung ihrer Ergebnisse, bessere Aufteilung der Programme zwischen den Mitgliedsstaaten, Bürokratieabbau und geringere Verzögerungen durch bürokratische Erfordernisse, gezielterer Einsatz der finanziellen Mittel auf europäischer Ebene und mehr Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen... [Fortsetzung](#)

#### Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik



Am 2. Februar stimmte das europäische Parlament für die Empfehlungen des Jahresberichts zur EU-Wettbewerbspolitik. In ihrem Bericht äußerten sich die Abgeordneten dahingehend, dass sie die Anstrengungen der Kommission für einen freien Wettbewerb zwischen den Unternehmen unterstützen, der den Verbrauchern zugute kommt. Die Abgeordneten sprachen sich jedoch für einen verstärkten Einsatz für mehr Preistransparenz aus, für mehr Wettbewerb in der Nahrungsmittelbranche und für die Untersuchung des Einflusses von Staatsbeihilfen auf den Wettbewerb, vor allem im Finanzsektor... [Fortsetzung](#)

#### Bericht zur europäischen Dimension des Sports



Am 2. Februar verabschiedeten die europäischen Abgeordneten einen Bericht zu den europäischen Dimensionen des Sports. In dem Dokument wird die Notwendigkeit betont, im europäischen Rahmen gegen Praktiken vorzugehen, die dem sportlichen Geist widersprechen. Drei Gefahren werden hervorgehoben: Doping, Fälschungen und Gewalt in den Stadien. Der Bericht spricht sich für eine größere Übertragung von Sportereignissen aus und für die Schaffung neuer europäischer Sportereignisse, wie auch für die Einrichtung eines europäischen Tag des Sports und einer europäischen Hauptstadt des Sports... [Fortsetzung](#)

### Diplomatie :

#### Münchener Sicherheitskonferenz



Die Münchener Sicherheitskonferenz fand dieses Jahr vom 3. bis 5. Februar statt. Auf der Konferenz trafen sich Entscheidungsträger aus den Bereichen Politik, Militär, Industrie, Zivilbevölkerung und Diplomatie, um - unter anderem - über Wege für eine effizientere und besser integrierte europäische Verteidigungspolitik zu diskutieren. Vielfach wurde der Erfolg der transatlantischen Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung betont, wie auch auf neue Bedrohungen hingewiesen. Hier wurden beispielsweise die Bereiche Umwelt, Energie, Finanzkrise, Cyberkriminalität und nukleare Aufrüstung genannt... [Fortsetzung](#)

### Deutschland :

#### Angela Merkel in China



Während ihrer Chinareise vom 1. bis zum 3. Februar betonte die Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber chinesischen Führungspersonlichkeiten, dass die Mitglieder der Eurozone alles Notwendige unternommen hätten, um die Schuldenkrise unter Kontrolle zu bringen. In ihrer Rede vor der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften (CASS) äußerte sich die Kanzlerin dahingehend, dass "der Euro Europa stärker gemacht" habe. Sie fügte hinzu, dass noch mehr getan werden müsse für eine weitere Angleichung der Sozialsysteme. Die Kanzlerin wurde von einer deutschen Wirtschaftsdelegation begleitet, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland (als größter Wirtschaftsmacht Europas) und China (als zweitgrößter Wirtschaftsmacht der Welt) weiter auszubauen... [Fortsetzung](#)

Deutsche Bundesbank hält Fiskalpakt nicht für ausreichend



Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann, sagte in einer Rede anlässlich des Jahresempfangs der Bundesbank Hauptverwaltung in Düsseldorf am 1. Februar, dass der Fiskalpakt, der am 30. Januar von 25 der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verabschiedet worden ist, nicht in ausreichendem Umfang verbindliche Veränderungen enthält. Nach Meinung von Jens Weidmann "ist es klar, dass mit dem Fiskalpakt nicht der Grundstein für eine echte Fiskalunion gelegt worden ist, in der nationale Souveränität auf eine europäische Ebene übertragen wird." Seiner Meinung nach ist eine Aufteilung der Schulden so lange nicht legitim, wie es keine zentrale Eingriffsmöglichkeit im Falle der Nichteinhaltung der Regeln gibt. Jens Weidmann bedauerte in seiner Rede, dass die Regeln des Fiskalpaktes nach wie vor zu viel Raum lassen für Aufweichungen, wobei er befürchtet, dass die Regelungen des Fiskalpaktes nicht immer eingehalten werden... [Fortsetzung](#)

## Spanien :

### Mariano Rajoy stellt die Prioritäten seiner Wirtschaftspolitik in Brüssel vor



Der spanische Premierminister, Mariano Rajoy, traf am 30. Januar den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso. Rajoy stellte die großen Linien der spanischen Wirtschaftspolitik vor und betonte, dass Spanien "ein loyaler Verbündeter der europäischen Institutionen" sein werde... [Fortsetzung](#)

### Spanische Regierung stimmt für Reform des Bankensektors



Am 2. Februar stellte die spanische Regierung die Reformpläne für den Bankensektor vor, die am 3. Januar vom Ministerrat angenommen worden waren. Entsprechend dem Gesetzesvorhaben müssen die Banken innerhalb von 12 Monaten 50 Milliarden Euro zusätzliches Kapital als Reserve bereit halten. Viele Institute können alleine nicht weiter bestehen, sondern müssen fusionieren. Die Fusionen sollen in einem möglichst kurzen Zeitraum erfolgen und die neuen Institute müssen einen tragfähigen Businessplan vorlegen. Die Kreditbanken können gegebenenfalls auf den Banken-Restaurationsfonds zurückgreifen (FROB). Zweck der Umstrukturierung ist es, das spanische Finanzsystem von den 175 Milliarden "problematischen" Aktiva zu entlasten und so das Vertrauen auf den Märkten zu erhöhen... [Fortsetzung](#)

## Frankreich :

### Verkehrsprojekt TGV Lyon-Turin kommt weiter voran



Am 30. Januar unterzeichneten der französische Verkehrsminister, Thierry Mariani, und der stellvertretende italienische Verkehrsminister, Mario Ciaccia, in Rom eine Vereinbarung, die für den Abschluss des TGV-Projektes Lyon-Turin, "der größten Baustelle Europas", notwendig war und die insbesondere den genauen Streckenverlauf festlegt. Ein Tunnel mit einer Länge von 57 km soll die Bahnhöfe Saint-Jean-de-Maurienne in Frankreich mit Suse in Italien verbinden. Die Kosten der ersten Bauphase (ungefähr 8,5 Milliarden Euro) sollen zwischen Frankreich (42,1%) und Italien (57,9%) aufgeteilt werden, auch die Europäische Union übernimmt einen Teil der Kosten... [Fortsetzung](#)

### Deutsch-französischer Ministerrat



Am 6. Februar 2012 trafen sich jeweils 9 Minister von deutscher und französischer Seite und die Staatschefs Deutschlands und Frankreichs in Paris im Rahmen des deutsch-französischen Ministerrates, um über eine Vertiefung der Beziehungen beider Länder und die europäischen und internationalen Brennpunkte zu diskutieren. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy und die Bundeskanzlerin betonten, dass Griechenland sich dringend mit der Troika und mit den privaten Gläubigern einigen müsse. Gleichzeitig äußerten sich beide Staatschefs enttäuscht über das Veto im Sicherheitsrat zur Syrien-Resolution am 4. Februar. Beide Staatschefs möchten den Elyséevertrag zur deutsch-französischen Freundschaft neu beleben. Hierzu gehört eine geplante enge Konvergenz im Steuerrecht, zu deren Ausgestaltung ein Grünbuch präsentiert wurde, das unter anderem die Angleichung der Unternehmenssteuern vorsieht. In weiteren Erklärungen betonten die Staatschefs die Notwendigkeit eines sozialen Europas und eine geplante enge Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung... [Fortsetzung](#)

## Tschechische Republik :

### Offener Brief an den tschechischen Premierminister



Eine Gruppe von 24 tschechischen Wissenschaftlern forderte den tschechischen Premierminister Petr Necas am 4. Februar in einem offenen Brief zur Unterzeichnung des Fiskalpaktes auf, der am 30. Januar von 25 der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verabschiedet wurde. Der Brief wurde im Internet auf den Seiten der "Savante Gesellschaft" der tschechischen Republik veröffentlicht... [Fortsetzung](#)

## Rumänien :

### Rumänischer Premierminister Emil Boc erklärt seinen Rücktritt



Am 6. Februar gab der rumänische Premierminister Emil Boc seinen Rücktritt bekannt, ebenso wie den Rücktritt der gesamten Regierung. Der IWF und die Europäische Union hatten kurz zuvor die Maßnahmen der Regierung zur Herstellung eines ausgeglichenen Haushalts begrüßt. Genau diese Maßnahmen sind der Grund für die seit mehreren Wochen andauernden Unruhen im Land. Präsident Traian Basescu muss nun einen Nachfolger nominieren, nachdem er die verschiedenen Parteien des Landes konsultiert haben wird. Vorgezogene Neuwahlen müssen stattfinden. Emil Boc wird derzeit kommissarisch durch Catalin Predoiu vertreten... [Fortsetzung](#)

### Ehemaliger rumänischer Premierminister wegen Korruption verurteilt



Der ehemalige rumänische Premierminister Adrian Nastase wurde am 30. Januar vom Berufungsgericht (ICCJ) zu 2 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt wegen Korruption. Dies ist das vorläufige Ende eines langen Prozesses, der im Rahmen der Überprüfung der Rechtsprechung von der Europäischen Union genau verfolgt wurde. Der Sprecher des Gerichts teilte mit: "Herr Nastase ist zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt wurden". Fünf weitere Personen wurden jeweils zu 6 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt für "Amtsmissbrauch und Missachtung des Allgemeinwohls". Nastase, der zwischen 2000 und 2004 Regierungschef war, war beschuldigt worden, im Jahr 2004 für seine Wahlkampagne ungefähr 1,7 Millionen Euro von Gesellschaften und Wirtschaftsleuten angenommen zu haben, die an einem Symposium teilnahmen... [Fortsetzung](#)

## Großbritannien :

### Offener Brief der britischen Europabewegung an die Regierung



Am 30. Januar veröffentlichte der Vorsitzende der britischen Europabewegung und ehemalige Vorsitzende der liberaldemokratischen Partei Charles Kennedy in der britischen Tageszeitung "The Guardian" einen offenen Brief, der auch von mehreren Lords unterschrieben war. In dem Brief wird auf die Vorteile hingewiesen, die die britische Wirtschaft durch ihre Teilnahme am gemeinsamen Markt hat. Die Autoren fordern die britische Regierung auf, weiterhin am Reformprozess der Eurozone und an dem Ausbau des gemeinsamen Marktes, zum Beispiel in Bezug auf Dienstleistungen, e-commerce oder Energie, mitzuwirken. Kennedy erklärt, dass das Wohlergehen Großbritanniens gleichermaßen "vom Wohlergehen der Eurozone und des gemeinsamen Marktes in seiner Gesamtheit" abhängen... [Fortsetzung](#)

### Rücktritt des britischen Energieministers



Der britische Energieminister und Liberaldemokrat Chris Huhne gab am 3. Februar seinen Rücktritt bekannt. Die Entscheidung folgt auf die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Verdacht auf Justizbetrug. Huhne bestreitet die Vorwürfe. Chris Huhne - damals Europaabgeordneter - soll im Jahr 2003 einen Strafzettel wegen zu schnellen Autofahrens auf seine damalige Ehefrau abgewälzt haben. Auf diese Weise habe er einem Führerscheinentzug wegen wiederholter Verstöße am Steuer zu entgehen versucht. Gegen seine damalige Ehefrau wird ebenfalls ermittelt. Der Liberaldemokrat Edward Davey wird Huhne als Energieminister nachfolgen... [Fortsetzung](#)

## 60jähriges Kronjubiläum der Königin von England Elizabeth II.



Am 6. Februar feiert Elizabeth II., die am 6. Februar 1952 Tronfolgerin wurde, offiziell ihr 60jähriges Tronjubiläum. Die Feierlichkeiten umfassen zahlreiche Reisen in verschiedene Regionen Großbritanniens im Zeitraum März bis Juli und ein langes Wochenende mit Festakten vom 2. bis zum 5. Juni, der aus diesem Anlass ein Feiertag sein wird... [Fortsetzung](#)

## Slowenien :

### Premierminister stellt seine Regierung vor



Der designierte slowenische Premierminister, Janez Jansa, stellte am 3. Februar seine neue Regierung vor, die aus Mitgliedern der 5 Koalitionsparteien besteht und am 10. Februar vom Parlament bestätigt werden soll. "Diese Mannschaft hat klare und überprüfbare Ziele: Slowenien aus der Krise zu bringen", erklärte Janez Jansa anlässlich der Vorstellung der neuen 12 Minister, unter denen sich nur 1 Frau befindet... [Fortsetzung](#)

## Bosnien-Herzegowina :

### Bosnien-Herzegowina verabschiedet zwei wichtige Gesetze



Bosnien-Herzegowina stimmte am 3. Februar für zwei wichtige Gesetzestexte. Das erste Gesetz erlaubt die Durchführung einer Volkszählung, die im April 2013 stattfinden soll. Das zweite Gesetz beinhaltet die Einrichtung einer Organisation, die mit der Verwaltung der Hilfsgelder betraut werden wird, die von der Europäischen Union bereitgestellt werden. Die Verabschiedung dieser Gesetze war Bedingung der Europäischen Union vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen... [Fortsetzung](#)

## Russland :

### Weiterhin starker Proteste gegen Putin



Die Gegner des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin lassen nicht locker. Am 4. Februar gab es erneut eine große Demonstration mit 120 000 Teilnehmern (laut Veranstaltern), wobei die Polizei nur von 36 000 Teilnehmern sprach. Die Demonstranten trugen Plakate mit der Aufschrift: "Wladimir Putin, ja zur 3. Amtszeit, aber im Gefängnis". Auch die Unterstützer Putins gingen auf die Straße, sie trugen den Slogan "Nein zum Chaos". Am 31. Januar wurden ungefähr 50 Gegner Putins in Moskau verhaftet, darunter der Schriftsteller Eduard Limonov. Es handelte sich um Teilnehmer einer nicht genehmigten Demonstration der Initiative "Anderes Russland", der Limonov vorsteht. Am 1. Februar entrollten die Angehörigen einer weiteren Protestgruppe namens Solidarität ein riesiges Spruchband direkt gegenüber dem Kremel, das die Aufschrift "Putin, geh weg" trug... [Fortsetzung](#)

## NATO :

### Treffen der Verteidigungsminister der NATO



Am 2. und 3. Februar diskutierten die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedsländer den schrittweisen Rückzug aus Afghanistan und die Übergabe der Sicherheit an afghanische Einheiten, entsprechend dem Fahrplan, der 2010 in Lissabon verabschiedet wurde. Sie bekräftigten ihre Absicht, die Übergabe bis Ende 2014 abzuschließen. Darüber hinaus wurde die Lage im Kosovo besprochen; die Minister sicherten der KFOR ihre Unterstützung zu und erklärten, dass diese "exzellente Arbeit" leiste. Es wurde zudem über "intelligente Verteidigung" gesprochen, womit eine Konzentration der Mittel auf prioritäre Einsatzbereiche gemeint ist, wie auch Spezialisierung und internationale Kooperation und auch eine effizientere Struktur der NATO... [Fortsetzung](#)

## UNO :

### Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zum Streit Deutschland/Italien



Italien ist seinen Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nicht nachgekommen, indem es nicht verhindert hat, dass vor italienischen Gerichten Schadensersatzklagen wegen Verbrechen im Nationalsozialismus zur Entscheidung angenommen wurden, wie der Internationale Gerichtshof für Menschenrechte am 3. Februar in seinem Urteil feststellte. "Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass die Weigerung italienischer Gerichte, die Immunität [Deutschlands] anzuerkennen, ein Pflichtversäumnis Italiens gegenüber dem Deutschen Staat darstellt", erklärte der Richter Hisashi Owada, indem er im Rahmen einer öffentlichen Sitzung einen Ausschnitt aus dem Urteil im Friedenspalast in Den Haag vorlas... [Fortsetzung](#)

### China und Russland legen Veto ein



Am 4. Februar legten China und Russland als Mitglieder des Sicherheitsrates ihr Veto gegen eine UN-Resolution ein, die zu einem Ende der Gewalt und Unterdrückung in Syrien aufrief. Sämtliche sonstige Mitglieder des Sicherheitsrates stimmten für die Resolution. Sie stützt sich auf einen Plan der Arabischen Liga, die den syrischen Präsidenten Al-Assad zum Rücktritt auffordert. Eine ähnliche Resolution war bereits im Oktober 2011 ebenfalls am Veto Chinas und Russlands gescheitert. Bereits seit Mitte März 2011 gibt es Demonstrationen gegen das syrische Regime, die staatlichen Repressionsmaßnahmen führten bereits zu über 5.000 Toten... [Fortsetzung](#)

### Eurostat :

**Arbeitslosenquote in der Eurozone im Dezember bei 10,4% und bei 9,9% in der gesamten EU**



Nach neuesten Zahlen, die am 31. Januar von Eurostat veröffentlicht wurden, betrug die Arbeitslosigkeit im Dezember in der Eurozone 10,4% und blieb somit im Vergleich zum Vormonat unverändert. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Quote von 10% auf 10,4%. In der gesamten Europäischen Union betrug die Arbeitslosenquote für Dezember 2011 9,9% und blieb damit ebenso im Vergleich zum Vormonat stabil. Unter den Mitgliedsstaaten hat Österreich die niedrigste Arbeitslosigkeit (4,1%), danach folgen die Niederlande (4,9%) und Luxemburg (5,2%), während die höchsten Arbeitslosenraten Spanien betreffen (22,9%), gefolgt von Griechenland (19,2% im Oktober 2011). Den stärksten Rückgang in der Arbeitslosigkeit hatten Estland, Lettland und Litauen, die stärkste Zunahme Griechenland, Zypern und Spanien... [Fortsetzung](#)

**Inflationsrate in der Eurozone wird auf 2,7% geschätzt**



Nach neuesten Schätzungen, die Eurostat am 1. Februar veröffentlichte, beträgt die jährliche Inflationsrate in der Eurozone im Januar 2012 2,7% und bleibt damit im Vergleich zu Dezember 2011 stabil... [Fortsetzung](#)

### Berichte/Studien :

**Welche Rolle kann Europa in der Welt der Wirtschaft spielen?**



Der französische Think-Tank "Notre Europe" veröffentlicht einen Artikel von Pascal Lamy, Generaldirektor der WTO und Ehrenpräsident von "Notre Europe". Der Artikel trägt den Titel "Die Zukunft Europas in der neuen Welt der Wirtschaft" und hebt drei Punkte besonders hervor: Das weltweite Umfeld der europäischen Wirtschaft hat sich durch die Entwicklung der Schwellenländer drastisch verändert. Die Schwierigkeiten, in denen sich Europa aktuell befindet, rühren von strukturellen Problemen her und sind nicht auf den internationalen Handel oder eine "naive" Politik zurückzuführen. Die Verbesserung der Wettbewerbsstellung durch bessere Bildung, Ausbildung, Innovation und die Arbeitsmarktpolitik muss eine Priorität für Europa werden... [Fortsetzung](#)

## Veröffentlichungen :

### Das Europarecht der Menschenrechte



In der Reihe "Droits et débats" veröffentlicht die Documentation française die Beiträge der Konferenzreihe "Das Europarecht der Menschenrechte", die 2010/2011 vom Europarat und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte veranstaltet wurde. Die Konferenzreihe behandelte sechs Themen: Das Subsidiaritätsprinzip und der europäische Schutz der Menschenrechte; das Recht auf Anrufung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und das Verfahren vor dem Gericht; Interferenzen zwischen den Rechtsquellen des europäischen Rechts und die gegenseitige Beeinflussung des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte; die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit und die Überprüfung der Vertragsgemäßheit; das europäische Haftrecht und sein Einfluss auf das nationale Recht; das europäische Eigentumsrecht und sein Einfluss auf das nationale Recht... [Fortsetzung](#)

### Die Wandlung Russlands, 20 Jahre später



Anlässlich der russischen Präsidentschaftswahlen am 4. März 2012 analysieren Jacques Sapir, Experte zur russischen Wirtschaft und Dozent an der EHESS, und drei russische Ökonomen in ihrer Studie "Die Wandlung Russlands, 20 Jahre später" die wirtschaftlichen Umwälzungen des Landes seit 1992. Das Land experimentierte zunächst mit der Anwendung neoliberaler Wirtschaftstheorien, die im Jahr 1998 zu einer Schuldenkrise führte. Die Krise konnte mit Maßnahmen, die das Gegenteil von Liberalismus bedeuteten, überwunden werden. Die Autoren analysieren die Entwicklung unter genauer Betrachtung von vier Schwerpunktthemen: die Entwicklung der Institutionen, die Entwicklung des Bankensystems, die Umwandlung der Unternehmen und der Einfluss des Westens auf den Wandlungsprozess, wie auch der Einfluss der russischen Wandlung auf die westlichen Wirtschaftstheorien... [Fortsetzung](#)

### "Le passage à l'Europe : histoire d'un commencement"



Das aktuelle Werk des Autors Luuk Van Middelaar zur europäischen Geschichte kann jetzt auf französisch gelesen werden. Das Buch ist unter dem Titel "Le passage à l'Europe : histoire d'un commencement" im Verlag Gallimard erschienen. Der Autor analysiert die Politik und die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union unter einem philosophischen und historischen Blickwinkel. Er unterscheidet drei europäische "Zeitalter" oder Etappen: Das Zeitalter der diplomatischen Treffen und das frühere "europäische Konzert"; das Zeitalter der Institutionen und Verträge und abschließend die Zeit der Treffen zwischen Vertretern der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, insbesondere die Ratstreffen, zu denen die 27 Staats- und Regierungschefs zusammen kommen... [Fortsetzung](#)

### Werden Sie Abonnent(in) des Magazins Paris-Berlin!



Werden Sie Abonnent(in) des Magazins Paris-Berlin! 2004 erschien die erste Ausgabe des Magazins. Seitdem berichten mehr als 30 Journalisten monatlich über Neuigkeiten aus Deutschland und Frankreich und über alle Themen der deutsch-französischen Partnerschaft aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur... [Fortsetzung](#)

### Neue Ausgabe der Reihe "Revue civique"



In der aktuellen Ausgabe der Reihe "Revue civique" veröffentlicht die Generaldirektorin der Robert Schuman Stiftung, Pascale Joannin, einen Artikel zum Thema Bürgerinneninitiative, sie stellt unter anderem das Projekt "Frauen Europas & Bürgerinneninitiative" vor... [Fortsetzung](#)

## Kultur :

### Von Hopper bis Warhol

Der Palazzo Sums in San Marino zeigt bis zum 3. Juni eine Ausstellung,



die der amerikanischen Kunst im 20. Jahrhundert gewidmet ist. Im Rahmen der Ausstellung mit dem Titel "Von Hopper bis Warhol" werden 25 Meisterwerke berühmter amerikanischer Künstler präsentiert: Es handelt sich um Werke von Edward Hopper, Thomas Hart Benton, Georgia O'Keeffe oder auch von Jackson Pollock. Anhand der ausgestellten Kunstwerke kann die Entwicklung der amerikanischen Kunst im 20. Jahrhundert nachvollzogen werden...  
[Fortsetzung](#)

#### Pierre Bonnard



Bis zum 13. Mai 2012 widmet die Fondation Beyeler dem französischen Künstler Pierre Bonnard eine Ausstellung. Es handelt sich um die erste große Retrospektive in der Schweiz seit einem Viertel Jahrhundert. Die Ausstellung vereint über 60 Gemälde des Künstlers aus internationalen Museen und Privatsammlungen, wodurch neue Einblicke in das Werk des Künstlers und in seine künstlerische Entwicklung gewonnen werden können... [Fortsetzung](#)

#### Gerhard Richter feiert seinen 80. Geburtstag



Anlässlich seines 80. Geburtstags am 9. Februar 2012 präsentieren 2 Ausstellungen in Deutschland, in Berlin und Dresden, Meisterwerke von Gerhard Richter, dem international vermutlich bekanntesten zeitgenössischen deutschen Maler. Die Ausstellung "Panorama" in der Neuen Nationalgalerie in Berlin zeigt eine komplette Retroperspektive, die zuvor in London gezeigt wurde und nach Berlin in Paris zu sehen sein wird. Die zweite Ausstellung "Atlas" in Richters Geburtsstadt Dresden wird im Museum Lipsius gezeigt... [Fortsetzung](#)

#### Zum 62. Mal Berlinale in Berlin



Zwischen dem 9. und 19. Februar findet zum 62. Mal in Berlin das internationale Filmfestival Berlinale statt, auf dem fast 400 Filme in unterschiedlichen Sektionen gezeigt werden. 18 Filme nehmen am offiziellen Wettbewerb teil, die Jury wird am Ende des Festivals den besten Film mit dem goldenen Bären auszeichnen. Dieses Jahr stehen politische Umbrüche und Umwälzungen im Mittelpunkt, der arabische Frühling, wie auch die Geschichte Europas. Dieter Kosslick, der Leiter des Festivals, sagte auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des diesjährigen Berlinaleprogramms: "Dieses Jahr ist das herausragende Thema der politische Umbruch"... [Fortsetzung](#)

#### Agenda :



9. Februar  
Frankfurt am Main  
EZB-Rat



10. Februar  
Gipfeltreffen EU-Indien  
Ratssitzung "Bildung, Kultur, Sport"



13.-16. Februar  
Straßburg  
Sitzungswoche des europäischen Parlaments



14. Februar  
Ratssitzung "Verkehr, Telekommunikation und Energie"  
Gipfeltreffen EU-China



17. Februar

Ratssitzung "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

#### Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;  
Katrin Gebhard, Marion Zosi.

**Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest**  
**Publikationschef : Pascale Joannin**

Kontakt / Anmerkungen  
[info@robert-schuman.eu](mailto:info@robert-schuman.eu)

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.  
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}